

Zukunft der Industrie: IG Metall kämpft für jeden Arbeitsplatz in Sachsen!

Dirk Schulze von IG Metall diskutiert 2025 Herausforderungen, Einsparungen und den Koalitionsvertrag in Brandenburg für Industrie und Job-Sicherung.



Grünheide, Deutschland -

Der IG Metall-Bezirksleiter Dirk Schulze hat die Herausforderungen für die Industrie im Jahr 2025 dargelegt und betont, dass 2024 ein äußerst wirtschaftlich schwieriges Jahr war, insbesondere für die Industrie in Deutschland. Um die Zukunft der Beschäftigten zu sichern, setzt IG Metall auf Zusammenhalt und Solidarität. Ein zentraler Punkt ist die Transformation der Industrie, die gemeinsam mit den Belegschaften gestaltet werden soll.

Hierfür hat die IG Metall einen 11-Punkte-Plan für gute Arbeitsplätze vorgelegt. Dieser Plan fordert sowohl staatliche als auch unternehmerische Investitionen und umfasst wichtige Punkte für die künftige Bundesregierung, wie kalkulierbare Strompreise, den Ausbau der Elektrolade-Infrastruktur sowie den Abbau der Schuldenbremse. Deutschland verzeichnet mit einer Schuldenquote von 63% des BIP die niedrigste Quote unter großen westlichen Industrieländern. Im Kontext der bevorstehenden Tarifrunden, zum Beispiel im Kfz-Handwerk, der Stahlindustrie und bei Textilien Diensten, strebt die IG Metall die Umsetzung der 35-Stunden-Woche an.

Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung

Dirk Schulze begrüßt den Koalitionsvertrag in Brandenburg als positives Signal für die Industrie und den sozialen Zusammenhalt. In Sachsen wird eine handlungsfähige Regierung gefordert, die sich für die Industrie und sozialen Zusammenhalt einsetzt. In Berlin hingegen sind Haushaltskürzungen festzustellen, die jedoch mehr Investitionen in soziale Bereiche und die Industrie erforderlich machen.

Ein positives Beispiel ist der erzielte Kompromiss bei Volkswagen, der Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungssicherung bis 2030 bietet. Jedoch stehen in anderen Unternehmen wie Alstom, Mercedes und ZF Stellenabbau und Unsicherheit im Raum. IG Metall kämpft für jeden Arbeitsplatz und somit für die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Zusätzlich gibt es Herausforderungen bei Tesla in Grünheide, wo eine gewerkschaftsfeindliche Geschäftsführung den Fortschritt bei den Arbeitsbedingungen erschwert.

Darüber hinaus berichtet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, dass die ostdeutsche Industrie die Corona-Pandemie besser bewältigt hat als ihre westdeutschen Pendanten. Dennoch könnten langfristige Auswirkungen der Pandemie ostdeutsche Betriebe besonders hart treffen. Ein besorgniserregender Aspekt ist, dass 67,5% der ostdeutschen

Betriebe weniger als 500 Beschäftigte haben, was häufig zu finanziellen Einschränkungen bei Investitionen und Qualifizierungen führt.

Zusätzlich leiden viele kleine und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland unter Liquiditätsengpässen aufgrund der restriktiven Kreditvergabe durch Banken. Ein weiteres Problem ist das Fehlen von Konzernzentralen, wodurch viele Betriebe als verlängerte Werkbänke agieren. Fast die Hälfte der ostdeutschen Betriebe hat keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Angesichts dieser Situation erfordert die Transformation in Ostdeutschland gezielte Lösungen für Klimaschutz, Digitalisierung, demografische Entwicklung und neue Technologien.

Die IG Metall fordert daher eine gezielte regionale Strukturpolitik, um die Industrie zu unterstützen. Gemeinsam mit Betriebsräten sieht die IG Metall sich als Treiber dieser regionalen Strukturpolitik. Ein im Juni diskutierter „Vier-Punkte-Plan zur Sicherung des Industriestandortes Sachsen“ beinhaltet Vorschläge, die von der Landesregierung teilweise aufgegriffen wurden. Wolfgang Lemb von IG Metall hebt die Notwendigkeit einer sächsischen Industrieholding zur Sicherstellung der Liquidität hervor.

Zusätzlich hat die IG Metall während der Corona-Krise zahlreiche Hilfsmaßnahmen angeregt, darunter Liquiditätshilfen, unbegrenzte Kredite und Steuerstundungen. Diese Hilfsmaßnahmen sollen allerdings an Bedingungen wie Beschäftigungssicherung und Investitionslenkung geknüpft werden. Zudem wird die IG Metall die Verwendung von 600 Millionen Euro Strukturhilfen aus der EU für Ostdeutschland genau überwachen.

- Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Ort	Grünheide, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.igmetall-bbs.de • www.igmetall.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at